

# Jetzt wird der Boden für die Birsstadt bereitet

Baudirektion will die Birs-Gemeinden zu mehr Zusammenarbeit ermuntern – oder lieber noch zu einer Fusion

BaZ 6.10.2007

MICHAEL ROCKENBACH

**Wirtschaftsgebiete, kulturelle Zentren und soziale Einrichtungen: Von den Birstaler Gemeinden wird erwartet, dass sie ihre Entwicklung gemeinsam planen. Noch aber harzt die Zusammenarbeit unter den Agglomerationsgemeinden.**

Wie bieten wir der Bevölkerung im unteren Baselbiet während der Euro 2008 ein möglichst tolles Fest? Wie können wir die Kulturbeiträge an die Stadt Basel vereinheitlichen? Das waren zwei der wichtigsten Fragen, welche die Vertreter der 16 Unterbaselbieter Gemeinden und Dornachs bei ihren regelmässigen Zusammenkünften, den Vorortskonferenzen, behandelt haben. Das Ergebnis ist ermutigend: Die Fanfeste werden während der Fussball-EM andernorts gefeiert, und jede Gemeinde zahlt den städtischen Kulturbetrieben noch immer so viel, wie es ihr gerade passt.

Es ist auch ein typisches Ergebnis. In der Vorortskonferenz wird zwar viel geredet, aber kaum je ein verbindlicher Entscheid gefällt. Das Gleiche gilt für die eher informellen Zusammenkünfte der Gemeindepräsidenten im Birstal und im Leimental. Die Gemeindeautonomie ist vielen Lokalpolitikern heilig.

Entsprechend provokativ ist das Modell «Birsstadt», das die Baselbieter Baudirektion im Juni vorgestellt hat. Die sieben Gemeinden entlang der Birs von Dornach nach Birsfelden seien stark zusammengewachsen, erklärte das Kantonale Amt für Raumplanung. Deshalb müssten sie ihre weitere Entwicklung gemeinsam planen. Die damalige Baudirektorin Elsbeth Schneider sprach begeistert von einem neuen «Stadttyp des 21. Jahrhunderts»: einer Stadt mit 68 000 Einwohnern und halb so vielen Arbeitsstellen.

**POLITIK DER KLEINEN SCHRITTE.** Eine Stadt mit den Quartieren Dornach, Arlesheim, Pfeffingen, Aesch, Reinach, Münchenstein, Birsfelden und allenfalls Muttenz – davon wollten die Gemeindebehörden aber nichts wissen. «Eine Fusion ist vielleicht in 30 bis 40 Jahren ein Thema, aber sicher nicht heute», sagte damals zum Beispiel Walter Banga, Gemeindepräsident von Münchenstein. Die Vision einer Birsstadt aufzugeben, kommt für die Planer in Liestal aber nicht in Frage. Ihr Ziel versuchen sie jetzt im Birstal mit einer Politik der kleinen Schritte zu erreichen. Später wollen sie das Projekt auch in anderen Gebieten starten, in der «Leimental-Stadt» etwa.

«Wir möchten die Gemeinden motivieren, besser zusammenzuarbeiten», sagt Kantonsplaner Hans-Georg Bächtold. Das erste Projekt hat die Baudirektion vor Kurzem lanciert: Ein gemeinsames Konzept für die Naherholungsgebiete, Fusswege und Sportanlagen (vgl. baz vom Donnerstag). Die Arbeitsgruppe mit Vertretern von Kanton und der Birstaler Gemeinden soll sich bis Ende Jahr gebildet haben. Ist sie erfolgreich, soll die Zusammenarbeit ausgedehnt werden. «Die Gemeinden müssten ihre Entwicklung in verschiedenen Bereichen aufeinander abstimmen und Schwerpunkte setzen», sagt Bächtold.

**> Beispiel Siedlungsentwicklung.** Gewerbe- und Wohngebiete müssten laut Bächtold regional geplant werden, damit sie sich nicht in die Quere kommen. Ansiedlungen grösserer Unternehmen hält er in erster Linie in der Ebene zwischen Reinach und Aesch für möglich.

**> Beispiel Verkehr.** Die Agglomerationsgemeinden sind stark verkehrsbelastet, stellt Bächtold fest. Eine gemeinsame Strategie zur Verkehrsentslastung fehlt den Gemeinden. Grosse Projekte wie die Südumfahrung sind umstritten.

**> Beispiel Kultur.** Ausserhalb des kulturellen Zentrums Basel würden zurzeit vor allem Ausstellungsräume gesucht, sagt Bächtold. Mit einer gemeinsamen Anstrengung könnten etwa in Münchenstein kleinere Kunstbetriebe angesiedelt werden – als Ergänzung zum Kulturhaus Walzwerk, zum Schaulager und dem geplanten Campus des Bildes mit der Hochschule für Gestaltung und Kunst.

**> Beispiel Soziales.** Die Zahl der älteren Menschen nimmt in den nächsten Jahren noch deutlich zu. Bis 2030 fehlen im Baselbiet laut Voraussagen der Fachverbände 1800 Pflegeplätze, ein Grossteil davon im unteren Baselbiet. Laut Bächtold wäre es sinnvoll, die nötigen neuen Alters- und Pflegeheime gemeinsam zu planen.

**> Beispiel Verwaltung.** Dienstleistungen etwa im Bereich der Bauverwaltung oder der Sozialberatung könnten nach Ansicht von Bächtold gemeinsam effizienter und qualitativ besser erbracht werden.

**KONKURRENZ BLEIBT.** Handlungsbedarf sehen auch die Gemeinden. «Vor allem im Planungsbereich müsste viel mehr grenzüberschreitend gehandelt werden», schreibt zum Beispiel Urs Hintermann, Gemeindepräsident von Reinach, in seinem Blog. Die gemeinsame Stellungnahme der meisten Agglomerationsgemeinden zum neuen kantonalen Richtplan bezeichnet er als «erstes Erfolgserlebnis»: «Für einmal hat man gemeinsam nachgedacht.»

Noch gibt es aber viele Hindernisse. «Es ist sinnvoll, dass die Gemeinden gemeinsam planen», äussert sich Walter Banga heute etwas wohlwollender. «Das ändert aber nichts daran, dass wir untereinander in einem Konkurrenzverhältnis stehen.» Die einzelnen Gemeinden würden weiterhin versuchen, interessante Betriebe anzusiedeln, um so neue Steuereinnahmen zu generieren.

Ein Mechanismus, der nur mit einem regionalen Finanzausgleich gestoppt werden könnte. Die Gemeinden mit lukrativen Wirtschaftsbetrieben müssten die typischen Wohngemeinden entschädigen, die Gemeindeautonomie würde ausgehebelt. Ein erster Schritt auf dem Weg zur Fusion? Eine heikle Frage, die Bächtold nur ausweichend beantwortet: «Im Moment will ich nicht über Geld und schon gar nicht über eine Fusion reden», sagt er deshalb. «Aber fest steht, dass jede einzelne Gemeinde profitiert, wenn es der ganzen Region besser geht.»

## In anderen Kantonen tut man sich nicht so schwer

**AGGLOMERATIONSRÄTE.** Nicht überall tun sich die Gemeinden mit der Zusammenarbeit so schwer wie in der Agglomeration Basel. Im Kanton Bern haben sich 2005 über drei Viertel aller Gemeinden für die Agglomerationsstrategie ausgesprochen, die inzwischen auch vom Parlament und vom Volk deutlich angenommen worden ist. Im Juni 2007 sagten rund 80 Prozent der Bernerinnen und Berner Ja zu einer weitgehenden Zusammenarbeit in den Agglomerationen.

Das neue Gesetz schafft die Basis für sechs Regionalräte in den Gebieten Oberland-Ost, Thun-Oberland West, Bern-Mittelland, Emmental, Oberaargau und Biel-Seeland-Jura. In den Gremien sind die Präsidenten der angeschlossenen Gemeinden vertreten, je nach Einwohnerzahl haben sie unterschiedlich viele Stimmen. Die Regionalräte entscheiden über die Entwicklung der Wohn- und Arbeitsgebiete, des Strassennetzes sowie über das ÖV-Angebot.

**VERKEHRSPLANUNG.** Das Problem der zunehmenden Verkehrsbelastung könne nur mit einer gemeinsamen Planung gelöst werden, ist das Kantonale Amt für Gemeinden und Raumordnung überzeugt, welches das neue Gesetz vorbereitet hat. Dieses gibt der Bevölkerung die Möglichkeit, auch auf der Ebene der Agglomerationen Referenden zu ergreifen und Initiativen zu lancieren. Eine Kommission der Regionalräte legt zudem die Kulturbeiträge der Agglomerationsgemeinden an die Zentren fest. Derzeit sind die Räte in den einzelnen Regionen daran, sich zu konstituieren. Interessant ist die Zusammenarbeit innerhalb der Agglomeration offenbar nicht nur für grosse Kantone wie Bern. Freiburg hat bereits Mitte der 90er-Jahre ein Agglomerationsgesetz eingeführt, das jetzt Bern als Vorbild gedient hat. rock



**Nicht aus der Luft gegriffen.** Die Birsstadt ist eigentlich bereits Realität, wie diese Satellitenaufnahme zeigt.